

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Druck Dresden Nr. 31.502
Zs. Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Kont.: Postamt Dresden, Postfach Dresden Nr. 800
Postfach-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung. Anzeigen werden die 8-spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Scharten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabattsanspruch erstreckt sich auf b. verspät. Zahlung, Abgabe d. Auftrages.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

104

Mittwoch, den 6. Mai

1925

Amerika und der Wiederaufbau Europas

Eine bedeutsame Rede Houghtons

Der amerikanische Botschafter Houghton hielt in London auf dem ihm zu Ehren gegebenen Placards-Offen eine Rede, in der er u. a. erklärte, das amerikanische Volk stehe dem Problem des Wiederaufbaus Europas in einem ähnlichen Geiste wie die Europäer gegenüber. Amerika könne aus eigener Erfahrung die Folgen eines großen Krieges und habe daher gelernt, über diese Folgen in Europa Betrachtungen anzustellen. Daher habe Amerika auch seine Beziehungen hingeben und in den Völkern MittelEuropas die Möglichkeit gegeben, die Arbeit wieder aufzunehmen und die Märkte wieder herzustellen. Aber wir sollen niemals vergessen, daß es Grenzen gibt, über die wir nicht hinausgehen können.

Das volle Maß der amerikanischen Hilfe kann nur verlangt werden, wenn das amerikanische Volk sicher ist, daß die Zeit der schmerzlichen Wunden in der Politik vorüber ist und daß die Zeit für einen friedlichen Aufbau gekommen ist.

Das amerikanische Volk fragt sich, ob diese Zeit tatsächlich gekommen ist, und diese Frage kann es heute nicht beantworten, die Antwort muß von den Völkern Europas kommen. Die allein eine Entscheidung treffen können. Wenn die Antwort auf Frieden lautet, dann können sie sicher sein, daß Amerika mit äußerster Großzügigkeit helfen wird.

Wenn aber diese Antwort weiterhin unklar und zweifelhaft ist, dann fürchte ich, daß die jetzt erfolgenden Hilfsmaßnahmen unvermeidlich ausbleiben müssen. Wir können nur denen helfen, die sich selbst zu helfen wissen.

Indem wir so sprechen, denken wir nicht an eine bestimmte Nation, sondern an eine Lage, an welcher alle in gleicher Weise beteiligt sind. Das amerikanische Volk hat nicht den Willen oder den Wunsch, sich im einzelnen in die Durchführung dieser Frage einzumischen. Amerika bietet irgendwelche Ratsschlüsse nicht an.

In London wird der Rede Houghtons außerordentliche Bedeutung beigemessen. Uebernehmend wurde in politischen Kreisen erklärt, man gehe nicht zu weit, wenn man die Rede als

den ersten offiziellen Angriff der Realisten Coolidge gegen den Vertrag von Versailles

betrachte und man könne sich auf weitere Vorwürfe in derselben Richtung gefaßt machen. Andere Politiker seien geneigt, in Houghtons Rede eine radikale Wendung in der amerikanischen Außenpolitik zu erblicken, die unter dem Staatssekretär Hughes bestimmt nicht möglich gewesen wäre. Sie bezeichnen die Erklärungen des Londoner Botschafters als einen bemerkenswerten Schritt auf dem Wege zur intensiven Anteilnahme Amerikas an den europäischen Geschäften.

„Morningpost“ meldet aus Washington: Die Tatsache, daß die Rede des neuen amerikanischen Botschafters Houghton in London von der amerikanischen Presse an hervorragender Stelle gebracht werde, zeige die ihr zugeschriebene Bedeutung. Es bestehe guter Grund zu der Annahme, daß die Rede entworfen wurde, bevor Houghton von Washington abreiste und daß sie genau die Ansichten Coolidges und Kelloggs zum Ausdruck bringe. Der Berichterstatter des Blattes bemerkt:

In gewissen amerikanischen Kreisen wurde die Ansicht, daß Europa zuviel Geld erhalten worden sei und daß das Geld aus dem zum Wiederaufbau verwendeten zu werden, von einigen Regierungen für die Erhaltung ihres Bereichs ausgesprochen sei. Die amerikanische Haltung sei, kurz gefaßt: „Weshalb kann Europa nicht den Krieg vergessen?“

„Associated Press“ meldet aus Washington: Abgesehen von der amerikanischen Botschafter in London, Houghton, in seiner Rede bei dem Placards-Bankett lebhaft auf eigene Verantwortung gesprochen habe, hoffe Präsident

Städte und Finanzen

Tagung des Reichsstädtebundes

Gestern tagte im Kaisersaal des „Rheingold“ in Berlin der Reichsstädtebund. Außer 400 Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Gemeindevorstehern waren anwesend die Minister Hirth, Dr. Höpfer, Adoff, Staatssekretär Weiler, Schleuter, Ministerialdirektoren Schulz und Klauener, der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. Drees und eine große Anzahl Reichs- und Landtagsabgeordnete. Der Geschäftsführer des Reichsstädtebundes hielt einen Vortrag über Lebensfragen der kleinen und mittleren Städte, dessen Ausführungen in folgenden 7 Punkten gipfelten: 1) Unterlassung einer Verringerung des Landes- und Gemeinde-

Coolidge dennoch, daß die Auffassung des Botschafters über die Stellungnahme Amerikas gegenüber Europa den Staatsmännern und Völkern Europas von Nutzen sein werde. Coolidge sei der Ansicht, daß die wirtschaftliche Lage Europas sich bessere. Die Rückkehr Englands zum Goldstandard und die wahrscheinliche gleiche Maßnahme Hollands würden als günstige Anzeichen angesehen. Der Präsident betraute diese günstige Aussicht als wesentlich bei der Ermägung von Anleihen amerikanischer Bankiers an europäische Industrien oder Regierungen. Coolidge sei sich indessen darüber klar, daß die amerikanischen Finanzleute die Lage jedes einzelnen Landes in bezug auf seine Wirtschaftspolitik beachten und Klugheit walten lassen müßten, wenn sie darüber entscheiden, wo ihre Hilfe in praktischer Weise angebracht sei.

Hindenburgs Wahl offiziell bestätigt

Berlin, 5. Mai. Der Reichswahlaustrich hat in seiner gestrigen Sitzung den Generalfeldmarschall v. Hindenburg als zum Reichspräsidenten gewählt erklärt.

Bevorstehende Annexion?

Ein Berliner Spätabendblatt wußte gestern von Verhandlungen über eine grobe Annexion am Tage der Eidesleistung des neuen Reichspräsidenten zu berichten. Das „Berl. Tageblatt“ meldet, diese Nachricht insofern befähigen zu können, als innerhalb des Reichskabinetts dieser Gedanke erörtert worden sei. In der von dem Spätabendblatt genannten Annexion, daß die Kabinetsfrage zwischen den verschiedenen Fraktionen unverbunden besprochen worden sei, bemerkt das „Berl. Tageblatt“, daß es sich vorläufig um Besprechungen innerhalb des Reichstages zu handeln scheine, da die demokratische Reichstagsfraktion und auch die anderen beiden Parteien des Volksbundes bisher mit dieser Frage noch nicht befaßt worden seien.

Die Lage in Preußen

Der „Berl. Volksanzeiger“ weiß über Verhandlungen zu berichten, die in den letzten Tagen zwischen einem Vertrauenslenken der Parteien des preussischen Landtages über die Frage einer Umbildung des jetzigen Kabinetts in Preußen stattgefunden hätten. Insbesondere wären zwischen dem Abgeordneten Herms (Zentr.) und von Richter (D. Vp.) vertrauliche Besprechungen erfolgt, wobei die Vertreter der Volkspartei die notwendige Fühlung mit den Deutschnationalen aufrechterhalten hätten. Das genannte Blatt hält es nicht für möglich, daß diese Besprechungen noch vor Freitag, dem Tage der Wahl, über das Vertrauen für das Kabinett, endlich zu einem Resultat führen werden, das eine neue preussische Regierung ohne Erneuerung und ohne dem seit längerer Zeit erkrankten Justizminister Amsehoff mit sich bringen würde.

anteils an der im Vertrag geschmälernten Einkommensteuer, 2) Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, 3) Gewährung eines Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer zum Ausgleich des individuellen örtlichen Finanzbedarfes und als bestes Erziehungsmittel zur Spararbeit, 4) Vorausveranlagung der Einkommensteuer auf Grund des Einkommens des Vorjahres, 5) Freiheit der städtischen Versorgungswerke von Körperschafts- und Umsatzsteuer, um einen allmählichen Abbau der die Gesamtheit allzu sehr belastenden Tarife zu ermöglichen, 6) geordneter Lastenausgleich auf dem Gebiete der Fürsorge, des Wohnungs- und des Schulwesens, 7) Vermehrung jeder Einmischung in Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden.

Waffenhandelskontroll-Kongress

Gestern nachmittag wurde in Genf die Konferenz für die Kontrolle des internationalen Waffen- und Munitionshandels eröffnet. An dieser nehmen 43 Staaten teil, von denen Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Türkei und Argentinien dem Völkerbunde nicht angehören. Sowjetrußland hat die Beteiligung an der Konferenz abgelehnt. Die deutsche Delegation steht unter der Leitung des Generalen v. Eckardt. Der vom Völkerbundrat ernannte Präsident der Konferenz, der frühere belgische Ministerpräsident Carton de Wiart, begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die deutsche Delegation und dankte ihr für ihre wertvolle Mitwirkung. Er wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Konferenz sich nur mit dem internationalen Waffenhandel, nicht aber mit der Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie zu befassen habe. Da das im Jahre 1919 ausgearbeitete internationale Übereinkommen von St. Germain infolge der ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht in Kraft treten konnte, hat der Völkerbund diese neue Konferenz einberufen und ihr einen Entwurf für ein neues internationales Abkommen vorgelegt. Die Konferenz sollte eine Vollmachtsprüfungskommission und einen Ausschuss für die Ausarbeitung des Verhandlungsreglements ein.

Die Konferenz setzte Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz des belgischen Staatsmannes Carton de Wiart ihre Beratungen fort. In der allgemeinen Aussprache ergriff als erster Redner Prof. Dupriez von der Universität Löwen (Belgien) das Wort. Der Redner betonte, daß drei verschiedene Kategorien von Waffen unterschieden werden müßten und daß die Kontrollmaßnahmen zu Lande und zur See genau geregelt werden sollten. In gewissen Zonen müsse der Waffenhandel ganz verboten oder besonders schweren Bedingungen unterworfen werden. Nach einigen Erklärungen des japanischen Delegierten Matsuda sprach der Chef der amerikanischen Delegation, Burton Washington. Er dankte den Organisationen des Völkerbundes namens der Vereinigten Staaten von Amerika für die Einladung zur Konferenz und versprach die zielbewusste Mitarbeit der Amerikaner an den Beratungen. Lord Onslow teilte mit, daß die britische Delegation eine eigene Vorlage unterbreitet habe, die gewisse Abänderungen zu dem Übereinkommen-Entwurf der Völkerbunds-Kommission festsetze. Senator Chimienti (Italien) machte Bedenken gegen eine allzu strenge Kontrolle des Waffenhandels geltend.

Oesterreich und Deutschland

Es bedarf gar nicht erst großdeutscher Einstellung, um zu erkennen, daß der gegenwärtige österrische Staat ein lebensunfähiges Gebilde ist. Er ist ja auch nicht aus inneren Bedingungen heraus entstanden, sondern er ist geschaffen worden, weil man mit diesem Reststück der habsburgischen Monarchie, nachdem man die übrigen national selbständigen Teile abgetrennt hatte, nichts anderes anzufangen wußte. Die Furcht der Franzosen vor der überwiegenden Zahl der deutschen Menschen ließ die natürliche Gestaltung, den Anschluß an Deutschland, nicht zu. Sechs Jahre dauert nun schon der Leidensweg des kleinen Oesterreich. Die erste Etappe war die Inflation; nicht ganz so wie bei uns, aber eben gerade schlimm genug. Die zweite Etappe war die „Sanierung“ durch den Völkerbund und seinen Beauftragten Zimmermann. Sie erwies klar, daß man durch richtige finanztechnische und währungspolitische Maßnahmen die Währung eines Landes in Ordnung bringen, stabilisieren kann. Die Krone wurde stabil, und der neue Seiling wird stabil sein.

Für die Wirtschaft ist das natürlich wertvoll, aber es ist noch nicht entscheidend. Mit jeder Sanierung ist eine Reinigungsstrafe verbunden. Man war in Oesterreich darum nicht erkaunt, daß sie kam. Aber über ihre Dauer ist man erschrocken und macht immer bedenklichere Gesichter. Die Ursache dieser Erscheinung liegt in dem völlig unmöglichen, auf die Dauer ganz unhaltbaren Aufbau der Wirtschaft des österrischen Reststaates. Ihm sind übermäßig große Teile der Industrie des Gesamtstaates geblieben, z. B. 90 Prozent der Autoindustrie, 60 Prozent der Papierfabrikation und ähnliches mehr. Für diese Betriebe gibt es in dem kleinen Land von sechs Millionen Einwohnern um so weniger Absatz, als der innere Markt im Verhältnis noch geringere Kaufkraft zeigt, als der Zahl der Bevölkerung an sich entspricht. Dem industriellen Niederösterreich stehen die übrigen fast rein agrarischen Gebiete gegenüber. Aber die Landwirtschaft der Alpenländer ist nicht reich. Das liegt am Boden, der gar vielfach nur die Armenwirtschaft zuläßt. Man kann dabei nicht etwa mechanisch mit der reichen, zuderbauenden Landwirtschaft Böhmens vergleichen.

Unter diesen Umständen bleibt für die österrische Industrie nur der Export oder der Tod. Und der Export ist selbstverständlich um so schwieriger, je mehr die Nachbarstaaten der A. u. R. Monarchie darangehen, sich eine eigene Industrie aufzubauen und sie hinter Schutzmauern künstlich zu forcieren. Damit scheidet für die österrische Ausfuhr der bisherige Abnehmer aus. Denn es war doch eben so, daß die übrige Monarchie industriell zu einem großen Teile von Wien beliefert wurde. Von dem Export der kleineren Industrien, die wie z. B. Damentonfektion, Bijouterie, Galanteriewaren, auf den erlesenen Geschmack alter Kultur aufgebaut sind, kann man natürlich nicht leben. Derartige Betriebe können ihrem Wesen nach nicht groß sein. Folge dieser Lage ist eine ständige, überaus brüderliche Arbeitslosigkeit mit all ihren bekannten Rückwirkungen.

Man sieht selbstverständlich in den Kreisen des Völkerbundes ein, daß es so nicht weitergehen kann. Und da man den Anschluß entweder bekämpft oder doch für derzeit unüberwindlich hält, so ist man auf den Gedanken gekommen, wenigstens in landwirtschaftlicher Hinsicht so gewissermaßen den Vorkriegszustand wiederherzustellen. Man